6. Februar 1984

Gesetz über die Fürsprecher (FG) *[Titel Fassung vom 29. 6. 1999]*

*Der Grosse Rat des Kantons Bern,
auf Antrag des Regierungsrates,
beschliesst:*

I. Die Prozessvertretung

Art. 1

Begriff

¹ Wer eine Partei vor Gericht oder vor einer Verwaltungsjustizbehörde vertritt oder verbeiständet, ist Prozessvertreter.

² Die berufsmässige Vorbereitung von gerichtlichen Verfahren für einen Auftraggeber ist der Prozessvertretung gleichgestellt.

Art. 2

Ausschliesslichkeit

¹ Zur Prozessvertretung vor bernischen Zivil- und Strafgerichten sowie vor Verwaltungsjustizbehörden ist berechtigt, wer das bernische Fürsprecherpatent besitzt oder im Kanton Bern zur Ausübung des Anwaltsberufs zugelassen ist.

² Vorbehalten bleiben besondere Vorschriften in Gesetzen und Dekreten, die andere Personen zur Prozessvertretung ermächtigen.

II. Der Fürsprecher

Art. 3 *[Fassung vom 29. 6. 1999]*

1. Fürsprecherpatent

1.1 Patenterteilung

Das Obergericht erteilt das bernische Fürsprecherpatent einer handlungsfähigen Person mit gutem Leumund, welche die bernische Fürsprecherprüfung bestanden hat und vereidigt ist.

Art. 4

1.2 Fürsprecherprüfung

¹ Der Regierungsrat erlässt ein Reglement über die Fürsprecherprüfung *[Aufgehoben; jetzt V vom 19. 10. 1994 über die Fürsprecherprüfung; BSG 168.221.1]*. Er hört das Obergericht, das Verwaltungsgericht *[Fassung vom 17. 9. 1992]*, die Universität und den Bernischen Anwaltsverband an.

² Das Prüfungsreglement ordnet die Zusammensetzung der Prüfungskommission, die Wahl ihrer Mitglieder und bestimmt Gegenstand und Durchführung der Prüfung sowie die Prüfungsgebühren.

Art. 5

1.3 Vereidigung

¹ Zur Patentierung legt der Fürsprecher vor dem Obergericht folgenden Eid ab:

«Ich schwöre, die Verfassung und die verfassungsmässigen Gesetze des Staates zu befolgen, die mir anvertrauten Interessen gewissenhaft zu wahren und bei der Rechtspflege redlich mitzuwirken, so wahr mir Gott helfe.»

² Anstelle des Eides kann folgendes Gelübde abgelegt werden: «Ich gelobe auf meine Ehre und mein Gewissen, die Verfassung und die verfassungsmässigen Gesetze des Staates zu befolgen, die mir anvertrauten Interessen gewissenhaft zu wahren und bei der Rechtspflege redlich mitzuwirken.»

Art. 6

2. Fürsprecherkandidaten

¹ Ein Fürsprecherkandidat kann vom Fürsprecher, der ihm die für das Fürsprecherexamen verlangte praktische Ausbildung vermittelt, zur Prozessvertretung ermächtigt werden.

² In amtlichen Prozessvertretungen muss der Richter zustimmen.

³ Die Prozesshandlungen des Kandidaten gelten als solche des ermächtigenden Fürsprechers.

⁴ Die für jede einzelne Verhandlung schriftlich zu erteilende Ermächtigung berechtigt den Kandidaten, die Partei zu vertreten oder zu verbeiständen und an der Verhandlung ein Rechtsmittel einzulegen, schliesst aber aus, Rechtsschriften zu unterzeichnen oder Rechtsmittel schriftlich einzulegen.

⁵ Erachtet der Richter die Anwesenheit des Fürsprechers als geboten, so kann er sie anordnen.

⁶ Bei Pflichtverletzung kann die Anwaltskammer dem Kandidaten das Recht zur Prozessvertretung entziehen.

Art. 7

3. Berufsausübungsbewilligung

¹ Das Obergericht erteilt die Berufsausübungsbewilligung einer handlungsfähigen Person mit gutem Leumund, die ihre berufliche Eignung mit einem ausserkantonalen Fähigkeitsausweis nachweist und in ihrer bisherigen anwaltlichen Tätigkeit weder erheblich noch wiederholt diszipliniert worden ist. Disziplinar massnahmen, die mehr als zehn Jahre zurückliegen, fallen ausser Betracht. *[Fassung vom 29. 6. 1999]*

² Der Gesuchsteller hat auf Aufforderung hin ein Zeugnis seiner bisherigen Aufsichtsbehörde vorzulegen.

³ Eine allgemeine Bewilligung erteilt das Obergericht, die auf ein einzelnes Verfahren beschränkte der Obergerichtspräsident.

⁴ Der Inhaber einer Berufsausübungsbewilligung ist in Recht und Pflicht dem bernischen Fürsprecher gleichgestellt, soweit das Gesetz nichts Abweichendes bestimmt.

III. Die Pflichten des Fürsprechers

Art. 8

Standeswürdiges Verhalten

¹ Der Fürsprecher hat der Achtung und der Vertrauenswürdigkeit gerecht zu werden, die sein Beruf voraussetzt.

² Er befolgt die allgemein anerkannten Regeln seines Berufsstandes und des kollegialen Verhaltens.

Art. 9

Unabhängigkeit

¹ Der Fürsprecher übt seinen Beruf unabhängig, in eigenem Namen und auf eigene Verantwortung aus. Er darf mit andern Fürsprechern ein Mitarbeiterverhältnis begründen.

² Der Fürsprecher darf zusammen mit anderen Fürsprechern oder mit Vertretern anderer Berufe ein gemeinsames Büro führen. *[Fassung vom 26. 11. 1997]*

³ Übernahme und Ausübung des Mandates sind ihm untersagt, wenn er mit Dritten in einem Rechtsverhältnis steht oder nachträglich ein solches eingeht, das seine Unabhängigkeit beeinträchtigt.

Art. 10

Treue und Verschwiegenheit

¹ Der Fürsprecher schuldet seinem Auftraggeber Treue und Verschwiegenheit.

² Die gleiche Schweigepflicht gilt für seine Angestellten; er hat sie hierüber zu belehren.

³ Ihm anvertrautes Gut bewahrt er so auf, dass er es jederzeit zurückgeben kann.

⁴ Das Verrechnungs- und Retentionsrecht bleibt vorbehalten.

Art. 11

Gewissenhafte Berufsausübung

¹ Der Fürsprecher wahrt die Interessen seines Auftraggebers nach Recht und Billigkeit und besorgt das

ihm Anvertraute gewissenhaft.

² Er soll seinen Auftraggeber abhalten, offensichtlich aussichtslose Prozesse zu führen, und dahin wirken, Streitigkeiten gütlich beizulegen.

Art. 12

Amtliche Prozessvertretung

¹ Der Fürsprecher ist verpflichtet, amtliche Verteidigungen und Prozessvertretungen in unentgeltlicher Prozessführung zu übernehmen.

² Bei Nachweis stichhaltiger Gründe entfällt die Pflicht. Der ernennende Richter entscheidet.

³ Der Fürsprecher besorgt den ihm zugewiesenen Auftrag gleich gewissenhaft wie andere Aufträge.

Art. 13

Verbot der Vertretung entgegengesetzter Interessen

Der Fürsprecher muss einen Auftrag ablehnen, wenn er in gleichem Sachzusammenhang einen andern Auftraggeber mit entgegenstehenden Interessen bereits beraten hat oder wenn er die Interessen eines Dritten, die er zu wahren betraut ist, beeinträchtigen könnte.

Art. 14

Verbot aufdringlicher Werbung

¹ Dem Fürsprecher ist aufdringliche Werbung verboten.

² Er darf für die Vermittlung von Aufträgen Rechtsuchender ein Entgelt, in was es auch bestehe, weder versprechen oder leisten noch entgegennehmen.

³ Er vermeidet es, Aufsehen zu seinen eigenen Gunsten zu erregen.

Art. 15

Aufbewahrung der Akten

Der Fürsprecher hat die Akten während zehn Jahren aufzubewahren.

IV. Das Honorar des Fürsprechers

Art. 16

Gebührentarif

¹ Das Honorar des Fürsprechers für streitige Rechtssachen regelt ein Dekret [BSG 168.81] des Grossen Rates.

² Für die nicht streitigen Rechtssachen stellt der Bernische Anwaltsverband einen Konventionaltarif auf, der sich an die Bewertungsgrundsätze des Dekretes zu halten hat und von der Anwaltskammer zu überprüfen ist.

Art. 17

Verbot der Beteiligung und Abtretung

¹ Dem Fürsprecher ist jede Abrede verboten, den erstreitbaren Betrag ganz oder teilweise als Honorar zu beanspruchen oder zum vorneherein die Kosten bei ungünstigem Prozessverlauf auf sich zu nehmen.

² Der Fürsprecher darf sich die streitigen Forderungen weder abtreten noch verpfänden lassen.

V. Die Aufsicht über den Fürsprecher

1. Die Anwaltskammer

Art. 18

Zuständigkeit

¹ Die Anwaltskammer

- übt die Disziplinaraufsicht über die praktizierenden Fürsprecher aus;
- beurteilt Gesuche um Festsetzung der Honorarforderung;

- entscheidet über Gesuche um Befreiung von der Schweigepflicht;
- entscheidet über Entzug und Wiedererteilung des Fürsprecherpatentes und der Berufsausübungsbewilligung.

² Sie äussert sich zu Entwürfen von Gesetzen, die den Anwaltsstand berühren.

Art. 19

Zusammensetzung

¹ Die Anwaltskammer besteht aus dem Vorsitzenden sowie acht Mitgliedern und acht Ersatzmitgliedern.

² Vorsitzender ist der Präsident des Obergerichtes oder ein vom Obergericht bezeichneter Oberrichter.

³ Vier Mitglieder sind Richter, vier Mitglieder sind im Kanton Bern niedergelassene praktizierende Fürsprecher. Ein Richter und ein Fürsprecher sind französischer Muttersprache. Gleiches gilt für die Ersatzmitglieder. *[Fassung vom 29. 6. 1999]*

⁴ Sekretär ist der Obergerichtsschreiber oder ein Kammerschreiber des Obergerichts. Seine Pflichten umschreibt ein Reglement.

Art. 20

Wahl

¹ Wahlbehörde ist das Obergericht.

² Jene Mitglieder und Ersatzmitglieder, die praktizierende Fürsprecher sind, wählt das Obergericht gestützt auf Zweiervorschläge des Bernischen Anwaltsverbandes.

Art. 21

Amtsduer

¹ Die Amtsdauer beträgt vier Jahre; einmalige Wiederwahl ist möglich.

² Ersatzwahlen werden für den Rest der Amtsdauer getroffen.

Art. 22

... *[Aufgehoben am 29. 6. 1999]*

Art. 23

Besetzung

¹ Die Anwaltskammer kann gültig verhandeln und beschliessen, wenn nebst dem Vorsitzenden mindestens sechs Mitglieder teilnehmen, in gleicher Zahl Fürsprecher wie Richter.

² Der Vorsitzende bestimmt das Mitglied, das gegebenenfalls überzählig ist und den Ausstand zu nehmen hat.

Art. 24

Beratung, Beschlussfassung

¹ Die Anwaltskammer beschliesst in geheimer Beratung mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder.

² Sie kann Beschlüsse auf dem Zirkulationsweg fassen, sofern nicht ein Mitglied Beratung in einer Sitzung verlangt.

³ Der Vorsitzende stimmt nicht mit, hat aber bei Stimmgleichheit den Stichentscheid.

Art. 25

Kosten

¹ In ihrem Entscheid befindet die Anwaltskammer über ihre Kosten.

² Der Regierungsrat setzt ihre Gebühren durch Verordnung fest. *[Fassung vom 24. 3. 1994]*

³ Der Unterliegende hat in der Regel die Kosten *[Fassung vom 24. 3. 1994]* zu tragen. Diese können aber auch, wenn es sich rechtfertigt, auf beide Parteien verteilt oder, ist das Verfahren von Amtes wegen durchgeführt worden, dem Staat auferlegt werden.

⁴ Der Unterliegende hat dem Gegner in der Regel die Parteikosten zu ersetzen.

⁵ Die Kostenentscheide sind vollstreckbar wie Urteile.

Art. 26

Eröffnung

Die Entscheide der Anwaltskammer sind schriftlich zu begründen und den Parteien mit Gerichtsurkunde zu eröffnen.

Art. 26a [Eingefügt am 29. 6. 1999]

Beschwerde an das Verwaltungsgericht

¹ Gegen Entscheide der Anwaltskammer kann der Fürsprecher in folgenden Fällen beim Verwaltungsgericht Beschwerde einreichen:

- a Entzug und Verweigerung der Wiedererteilung des Fürsprecherpatentes oder der Berufsausübungsbewilligung,
- b Einstellung in der Berufsausübung und Bussen von mindestens 1000 Franken,
- c Festsetzung von Honoraren.

² Gegen Entscheide der Anwaltskammer über die Festsetzung von Honoraren kann auch der Auftraggeber beim Verwaltungsgericht Beschwerde einreichen.

³ In den übrigen Fällen entscheidet die Anwaltskammer endgültig.

⁴ Mit der Beschwerde an das Verwaltungsgericht können gerügt werden

- a unrichtige oder unvollständige Feststellung des Sachverhalts,
- b andere Rechtsverletzungen einschliesslich Rechtsfehler bei der Ausübung des Ermessens.

Art. 27

Schweigepflicht

Der Vorsitzende, die Mitglieder und der Sekretär haben über Gegenstand und Gang des Verfahrens zu schweigen.

Art. 28

Akteneinsicht

¹ Begehrt ein Dritter Akten einzusehen, so hat er ein Interesse nachzuweisen.

² Der Präsident der Anwaltskammer gibt dem von der Einsicht Betroffenen Gelegenheit, sich zum Gesuch zu äussern.

³ Gegen seinen Entscheid kann binnen 10 Tagen die Anwaltskammer angerufen werden.

Art. 28a [Eingefügt am 29. 6. 1999]

Anwendbares Recht

Soweit dieses Gesetz keine Vorschrift enthält, richtet sich das Verfahren vor der Anwaltskammer nach dem Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege.

2. Disziplinaufsicht

Art. 29

Umfang der Aufsicht

In ihrer Berufsausübung unterstehen der Disziplinaufsicht der Anwaltskammer

- a die im Kanton Bern niedergelassenen Fürsprecher,
- b die praktizierenden Anwälte anderer Kantone für ihre im Kanton Bern ausgeübte Tätigkeit, sofern diese nicht unter die Aufsicht der Behörden eines andern Kantons fällt.

Art. 30

Meldung und Beschwerde

¹ Die Gerichte, Verwaltungs- und Strafuntersuchungsbehörden melden Pflichtverletzungen eines

Fürsprechers der Anwaltskammer. Die Anwaltskammer kann das Verfahren auch von Amtes wegen einleiten.

² Wer sich durch das Verhalten eines Fürsprechers verletzt fühlt, kann Beschwerde erheben. Er ist im Verfahren nur Partei, sofern er ausdrücklich erklärt, Parteirechte ausüben zu wollen.

³ Wegen Verletzung der Regeln des kollegialen Verhaltens ist ausschliesslich der sich betroffen fühlende Fürsprecher zur Beschwerde befugt.

Art. 31

Eröffnung des Disziplinarverfahrens

¹ Der Vorsitzende holt beim Fürsprecher eine Stellungnahme zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen ein und eröffnet das Disziplinarverfahren.

² Er kann von der Eröffnung absehen, sofern er die Meldung oder Beschwerde als offensichtlich unbegründet erachtet und ihm zwei Mitglieder der Anwaltskammer zustimmen. Der Beschluss ist dem Meldenden oder dem Beschwerdeführer sowie dem Fürsprecher zu eröffnen.

³ Bei gütlicher Einigung in Beschwerden wegen Verletzung der Regeln des kollegialen Verhaltens entfällt ein Disziplinarverfahren.

Art. 32

Beweisführung

¹ Die Anwaltskammer stellt den Sachverhalt von Amtes wegen fest.

² Der Vorsitzende kann die Beweisaufnahme Mitgliedern der Kammer übertragen.

³ Die Parteien können ihre persönliche Anhörung verlangen.

⁴ ... [Aufgehoben am 29. 6. 1999]

Art. 33

Stellungnahme der Parteien

Nach Abschluss des Beweisverfahrens können die Parteien die Akten einsehen und, je nach Verfügung des Vorsitzenden, sich in schriftlicher Eingabe oder mündlich vor der Anwaltskammer zum Ergebnis des Verfahrens äussern.

Art. 34

Disziplinarstrafen

¹ Der Fürsprecher, der seine Berufspflichten verletzt hat, kann disziplinarisch bestraft werden mit

- a Verweis,
- b Busse bis zehntausend Franken,
- c Einstellung im Beruf für die Dauer von wenigstens einem Monat und höchstens zwei Jahren,
- d Entzug des Fürsprecherpatentes oder der Berufsausübungsbewilligung.

² Bussen können mit einer andern Disziplinarstrafe verbunden werden.

³ In leichten Fällen kann, statt bestraft, ermahnt werden.

⁴ Die Anwaltskammer führt Kontrolle über die ausgesprochenen Disziplinarstrafen. Diese werden nach zehn Jahren gestrichen.

Art. 35

Veröffentlichung

¹ Der Entzug des Fürsprecherpatentes wird im Amtsblatt veröffentlicht.

² Der Entzug der Berufsausübungsbewilligung wird, wenn es als geboten erscheint, veröffentlicht oder den Gerichten und Verwaltungsjustizbehörden des Kantons Bern schriftlich mitgeteilt. Der ausserkantonale Behörde, die den Fähigkeitsausweis ausgestellt hat, ist der Entzug der Berufsausübungsbewilligung in allen Fällen schriftlich mitzuteilen.

³ Für die Einstellung im Beruf ist Absatz 2 sinngemäss anzuwenden.

Art. 36

Verjährung

¹ Die Disziplinarverfolgung verjährt drei Jahre nach der Pflichtverletzung und wird unterbrochen durch jede von der Anwaltskammer ausgehende Verfolgungsmassnahme.

² Sie erlischt endgültig fünf Jahre nach der Pflichtverletzung. Stellt diese jedoch eine strafbare Handlung dar, gelten längere Verjährungsfristen des Strafrechts auch für die Disziplinarverfolgung.

Art. 37

Unterrichtung der Öffentlichkeit

Die Anwaltskammer kann, sofern es die öffentlichen Interessen gebieten, die Öffentlichkeit über ein Disziplinarverfahren unterrichten.

3. Festsetzung der Honorarforderung

Art. 38

Festsetzung auf Gesuch des Auftraggebers

¹ Der Auftraggeber kann die Forderung des Fürsprechers durch die Anwaltskammer auf ihre Angemessenheit und Übereinstimmung mit den Tarifen überprüfen und den Betrag festsetzen lassen. Das gleiche Recht steht der für die Bezahlung der Rechnung haftenden Partei zu.

² Beträgt die Forderung weniger als 8000 Franken, so kann die Überprüfung und Festsetzung der Forderung einem von der Anwaltskammer bestellten Ausschuss von drei Mitgliedern übertragen werden, der aus dem Präsidenten sowie einem Richter und einem Fürsprecher besteht. *[Fassung vom 29. 6. 1999]*

³ Der betroffene Fürsprecher ist zur Stellungnahme aufzufordern. Beweis wird nach den Grundsätzen des Disziplinarverfahrens geführt.

⁴ Ist die Forderung nicht angemessen oder widerspricht sie den Tarifen, so setzt die Anwaltskammer ihre Höhe fest, sofern nicht die Parteien die Höhe in erlaubter Weise vereinbart haben.

⁵ Die Bestimmungen von Artikel 25 bezüglich der Kostenfolgen einer Beschwerde sind sinngemäss anwendbar. *[Eingefügt am 29. 6. 1999]*

Art. 39

Disziplinarverfahren

Verstösst eine offensichtlich unangemessene Forderung gegen die Pflichten des Fürsprechers, eröffnet die Anwaltskammer ein Disziplinarverfahren.

Art. 40

Festsetzung auf Gesuch des Fürsprechers

¹ Der Fürsprecher kann, solange er noch nicht Rechnung gestellt hat, um Festsetzung des Honorars und der Auslagen ersuchen.

² Das begründete Gesuch hat einen ziffernmässig bestimmten Antrag zu enthalten.

4. Befreiung von der Schweigepflicht

Art. 41

Gründe, Verfahren

¹ Der Fürsprecher kann sich durch die Anwaltskammer von der Schweigepflicht entbinden lassen, wenn seine persönlichen Interessen an der Bekanntgabe jene des Auftraggebers an der Geheimhaltung derart überwiegen, dass die Schweigepflicht nicht mehr zumutbar ist.

² Die Schweigepflicht ist insbesondere unzumutbar, wenn sie den Fürsprecher daran hindert, sich in einem gegen ihn geführten Straf- oder Disziplinarverfahren zu verteidigen, Angriffe gegen seine Ehre zurückzuweisen oder einen ungerechtfertigten erheblichen Vermögensnachteil abzuwenden.

³ Um Befreiung kann ausschliesslich der Fürsprecher ersuchen. Das Gesuch ist dem Auftraggeber zur Stellungnahme zuzustellen.

VI. Verlust und Wiedererteilung von Patent und Berufsausübungsbewilligung

Art. 42

Erlöschen des Fürsprecherpatentes

¹ Das Fürsprecherpatent oder die Berufsausübungsbewilligung erlischt, wenn der Inhaber dauernd handlungsunfähig wird. [*Fassung vom 29. 6. 1999*]

² Die Anwaltskammer stellt das Erlöschen von Amtes wegen fest.

Art. 43

Entzug des Fürsprecherpatentes und der Berufsausübungsbewilligung

¹ Die Anwaltskammer entzieht von Amtes wegen das Fürsprecherpatent oder die Berufsausübungsbewilligung, wenn der Inhaber Würde und Ansehen des Fürsprecherstandes derart schwerwiegend verletzt hat, dass er nicht mehr als ehrenhaft und vertrauenswürdig gelten kann.

² Für das Verfahren sind sinngemäss die Vorschriften des Disziplinarverfahrens anwendbar.

Art. 44

Wiedererteilung

¹ Auf Gesuch erteilt die Anwaltskammer das Fürsprecherpatent oder die Berufsausübungsbewilligung, wenn die Gründe des Entzuges wegfallen.

² Sie kann die Wiedererteilung mit Weisungen und Auflagen verbinden.

VII. Strafbestimmungen

Art. 45

Durch den Strafrichter wird mit Haft und Busse bis zu zweitausend Franken bestraft, wer

- a die Tätigkeit eines Fürsprechers ausübt, ohne dazu berechtigt zu sein,
- b sich ohne Fürsprecherpatent oder ohne ausserkantonalen Fähigkeitsausweis den Titel eines Fürsprechers, Advokaten oder Rechtsanwalts beilegt.

VIII. Schlussbestimmungen

1. Aufhebung und Änderung von Vorschriften

Art. 46

1. Aufhebung von Erlassen

Es werden aufgehoben:

- das Gesetz vom 10. Dezember 1840 über die Advokaten;
- Artikel 420 des Gesetzes vom 7. Juli 1918 betreffend die Zivilprozessordnung für den Kanton Bern [*BSG 271.1*] ;
- Artikel 45 Absatz 2 des Gesetzes vom 20. Mai 1928 über das Strafverfahren des Kantons Bern [*Aufgehoben durch G vom 15. 3. 1995 über das Strafverfahren; BSG 321.1*] ;
- das Dekret vom 10. April 1858 betreffend die Erlassung eines Prüfungsreglementes für die Fürsprecher;
- das Dekret vom 28. November 1919 über die Anwaltskammer;
- das Reglement vom 14. September 1918 betreffend die gerichtliche Vertretung durch Fürsprecherkandidaten;
- das Reglement vom 21. November 1936 betreffend die praktische Ausbildung der Fürsprecherkandidaten.

Art. 47

2. Änderung von Erlassen

Folgende Erlasse werden geändert:

1. Das Gesetz vom 6. Februar 1980 über Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für Kinder [*BSG 213.22*] wird wie folgt ergänzt:
2. Das Dekret vom 6. September 1956 betreffend die Kantonale Rekurskommission [*Aufgehoben durch G vom 23. 11. 1999 über die Steuerrekurskommission; BSG 661.611*] wird wie folgt geändert und ergänzt:

Art. 48

Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens [1. 1. 1985] dieses Gesetzes.
Bern, 6. Februar 1984

Im Namen des Grossen Rates
Der Präsident: *Bärtschi*
Der Vizestaatsschreiber: *Nuspliger*

Anhang

6. 2. 1984 G GS 1984/28, in Kraft am 1. 1. 1985

Änderungen

19. 2. 1986 G GS 1986/117, in Kraft am 1. 1. 1987

17. 9. 1992 D GS 1992/332, in Kraft am 15. 12. 1992

24. 3. 1994 G über den Finanzhaushalt des Staates Bern, BAG 94–89 (II.), in Kraft am 1. 1. 1995

26. 11. 1997 G Notariatsgesetz, BAG 98–26 (II.), in Kraft am 1. 7. 1998

29. 6. 1999 G BAG 00–6, in Kraft am 1. 7. 2000